

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 2,- M., bei Zustellung unter Straßband 2,- 1/2 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetrag.

Interessante Artikel: Die achtgepolte, Nonparillische oder deren Raum 1,20 Ml. Wessungen das festgedruckte Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Lesungszuschlag 70 Proz. Familien- und Vereinstarifen gelten für die Zusendung. Interests für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 7 Uhr nachmittags bei der Expedition anfragen sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Kritische Lage in Budapest.

Der rumänische Vorstoß.

Wie zu befürchten war, hat der Vorstoß der Rumänen gegen Budapest die Lage außerordentlich verschärft. Ein Funkbericht des Wiener Korrespondenten aus Budapest meldet, die Berichterstatter der großen englischen und amerikanischen Blätter hätten nach Paris berichtet, daß die rumänischen Truppen die Telephonlinien durchschnitten und die Eisenbahnlinien bei Budapest unterbrechen, ungarische Automobile mit Lebensmitteln ausplündern, mit Kanonen die Häuser beschließen und in den östlichen Vororten von Budapest rauben und plündern. Die Bevölkerung, die vollständig ruhig war, sei sehr erregt, und der Kriegsminister Raubrich lehne jede Verantwortung für etwa eintreffende Zusammenstöße ab. Die ungarischen Soldaten in Budapest würden weggeschleppt. Die Lage sei sehr kritisch. Untergehen wahrscheinlich. Der Einzug der rumänischen Hauptstreitkräfte solle nach Möglichkeit verhindert werden. Oberstleutnant Romanelli veranlaßt dem rumänischen Divisionskommandanten den Befehl Clemenceaus eingehändig zu halten, dauere der Einmarsch an, und der rumänische Kommandierende habe Romanelli mitgeteilt, er werde im Innern von Budapest weitere Schritte abwarten.

Auch die Szegediner Nebenregierung, die Hand in Hand mit den Rumänen arbeitet, holt zum Schlag gegen Budapest aus. Folgende Meldung liegt darüber vor:

Wien, 4. August.

Die „Mittagspost“ berichtet aus Budapest, daß die Truppen der Szegediner Regierung weiter vorgerückt sind und 42 Kilometer vor Budapest stehen. Ihr Einmarsch in der Stadt ist noch heute abend oder spätestens morgen früh zu erwarten.

Wiener Meldungen zufolge, die allerdings noch der Bestätigung bedürfen, sollen auch die Tschechen und Jugoslawen sich gegen Budapest in Bewegung gesetzt haben. In Budapest besteht die Befürchtung, daß, wenn die Szegediner Nebenregierung, gestützt auf ihre fremden Hilfskräfte, nach Budapest käme, eine furchtbare Reaktion einleiten würde, die ihrerseits neue blutige Kämpfe heraufbeschwören würde. Es wird erwartet, daß die Entente eingreifen werde, um das Schlimmste zu verhindern.

Inzwischen setzt die sozialistische Regierung in Budapest ihre Arbeit fort, um die furchtbare innere und äußere Gefahr zu beseitigen. Folgende Meldungen liegen darüber vor:

Wien, 4. August.

Laut Sonn- und Montagzeitung empfing Oberst Kunzingham gestern Böhm und Weltner. Die Unterredung bezog sich auf die zukünftige Regierungsform und Politik in Ungarn, insbesondere auf die Wünsche der zukünftigen ungarischen Regierung für die Erfüllung der Bedingungen der Entente.

Nach privaten Budapest Nachrichten der Montagblätter soll der Ministerrat sofort Verhandlungen zur Bildung einer Koalitionsregierung durch Aufnahme von Vertretern der bürgerlichen Klassen und der Bauernschaft einleiten. Die derzeitige ungarische Regierung lehne Unterhandlungen mit der Szegediner Gegenregierung ab. Das Koalitionskabinett werde eine Tätigkeit mit der Demobilisierung der roten Armee beginnen. Weitere Aufgaben würden der Beschluß eines Waffenstillstandes und die Einberufung der Nationalversammlung sein.

Budapest, 4. August.

Das ungarische Korrespondenzbüro meldet: Die Regierung hat beschlossen, daß durch die Regierung Karolai herausgegebene Kassen für die verfassunggebende Nationalversammlung unverzüglich auszuschreiben.

Die Streikbewegung in der Schweiz.

Zürich, 4. August.

Die Delegierten-Versammlung der Arbeiterunion Zürich beschloß mit 283 gegen 100 Stimmen, den Streik fortzusetzen. Die Delegiertenversammlung der schweizerischen Arbeiterunion in Olten beschloß, keinen schweizerischen Generalstreik zu erklären, sondern die Aktionen den örtlichen Arbeiterunions zu überlassen.

Basel, 4. August. (Schweizerische Depesch-Agentur.) Ein Gebäude des Basler „Vorwärts“ wurde am Sonnabend militärisch besetzt. Die Sonnabend-Ausgabe des „Vorwärts“ wurde konfisziert.

Zürich, 4. August. (Schweizerische Depesch-Agentur.)

Heute morgen ist die gesamte aufgebundene Infanterie und Kavallerie in die Stadt eingerückt und hat den Schutz der öffentlichen Gebäude, der Banken, der großen industriellen Betriebe und der Hauptstraßen übernommen. Die Straßenbahnen haben der Aufforderung, den Dienst anzutreten, vollständig Folge geleistet, so daß der Straßenbahnverkehr seit heute 8 Uhr wieder ganz normal ist. Es wurden Flugblätter, die zum Ausscharen im Streik aufforderten, beschlagnahmt. Durch einen Aufruf teilte die Streikleitung der Arbeiter-Union Zürich mit, daß der Generalstreik weitergeht.

In ihrer vierten Versammlung beschloßen die Arbeiter gestern morgen mit 473 gegen 37 Stimmen den Streik abzubrechen. Die Arbeit wird um 2 Uhr wieder aufgenommen, wenn das Militär aus den Druckereien einzieht.

In Basel wurden heute früh in ihren Wohnungen die beiden Sozialistenführer Reiser und Meng, letzterer Präsident der Eisenbahner, verhaftet.

Die kommunistische Partei von Biel protestierte am Sonnabend abend in einer öffentlichen Kundgebung gegen die Arbeitermorde in Basel, gegen die Preiserhöhung und gegen das Sklaventum in der Arbeiterschaft und beschloß, den Generalstreik zu unterstützen.

Macdonald über die Aufgaben der Internationale.

Bern, 4. August.

Macdonald stellte in einer Unterredung „Heuille“ zufolge folgendes als Ziel des Luzerner Kongresses auf: Erweiterung der in Bern erreichten Organisation, Bervollständigung des Programms, Unterstützung der sozialistischen Regierungen, Erörterung der sozialen Fragen, Aufklärung der Arbeiterschaft auf dem Lande, Einigung der Arbeiter zum Zwecke gemeinsamer internationaler Arbeit, gemeinsame Politik in bezug auf Rußland, Unterbindung der Einflüsse, die dem kapitalistischen und militarischen Regime und dem Jarrismus zur Stärkung dienen, schließlich Einrichtung eines sozialistischen Nachrichtendienstes. Ueber seine Meinung hinsichtlich des Sozialismus der übrigen Länder befragt, erklärte Macdonald, er könne weder mit den sozialistischen Genossen in England noch mit denen auf dem Kontinent immer übereinstimmen. Er sei z. B. mit der russischen bolschewistischen Regierung nicht einig, wünsche aber, daß sie freie Hand bekomme. Deutschland habe Chancen wie kein anderes Land, aber auch Großbritannien sei wahrscheinlich weiter gegangen in den revolutionären Methoden als irgend ein anderes Land.

Kollschals Heer in vollem Rückzug.

Amsterdam, 4. August. (N. T. D.)

Laut Pressebüro Radio befindet sich Kollschals Heer in vollem Rückzug. Die Regierung Kollschal bereitet ihre Ueberziehung von Omsk nach Irkutsk vor. Die Bolschewisten machen auch im Norden Fortschritte.

Die Unruhen in England.

London, 4. August. (Meuter.)

Zur Verlaufs von wilden Szenen und Plünderungen, die sich am Sonnabend abend und Sonntag morgen im Arbeiterviertel von Liverpool ereigneten, fanden 200 Verhaftungen statt. Weitere 1600 Mann Truppen sind in Liverpool eingesetzt, wo die Behörden jetzt hoffen, die Ordnung anzurecht erhalten zu können.

Auf einer Versammlung der Gewerkschafter in Liverpool wurde gestern abend der allgemeine Sympathiestreik mit der Gewerkschaft der Polizisten beschlossen. In Birmingham sind 400 Polizisten in den Ausstand getreten. Gestern plünderte der Mob die Läden in Dirlenhead.

600 Lokomotivmaschinen und Heizer, die am Güterbahnhof Rine Eins beschäftigt sind, sind gestern um Mitternacht in den Sympathiestreik mit der Gewerkschaft der Polizisten eingetreten. Infolgedessen mußte der Dienst auf der Londoner Südwassbahn eingeschränkt werden.

Bereinstimmung zwischen den englischen Grubenbesitzern und Bergarbeitern.

Osag, 4. August. (H. N.)

Aus London wird gemeldet: Die Grubenbesitzer und Bergarbeiter in Derbyshire und Nottingham sind zu einer Bereinstimmung gekommen, die wesentlich bessere Aussichten eröffnet.

Eine Geschichte der deutschen Kriegspolitik.

In der Enthüllungsdebatte der Nationalversammlung haben die Sprecher der Unabhängigen Sozialdemokratie nachgewiesen, daß die Enttarnung der Mehrheitsparteien über die verbrecherische Kriegspolitik der wilhelminischen Regierung erbeucht sei. Wenn sie jetzt darüber klagen, daß sie fünf Jahre lang belogen und betrogen worden seien, so mußte ihnen erwidert werden, daß sie mitschuldig seien, weil sie die Kriegspolitik der alten Regierung durch die Kreditbewilligung unterstützt haben und nicht hören und sehen wollten, als der Eroberungscharakter der deutschen Kriegsführung längst feststand. Die Vertreter unserer Partei im Reichstage haben unzählige Male die Kriegspolitik gebankrottmarkt, aber ihre Reden sind in der bürgerlichen und in der rechtssozialistischen Presse totgeschwiegen worden; statt auf sie zu hören, hat man sich über sie erstrickt. So hat das Schicksal seinen Lauf genommen. Deutschland wurde niedergeworfen und heute jammern die über Verrat, die selbst die Verräter sind.

Vor einigen Tagen sind die Reden, die der Vorsitzende unserer Partei, Genosse Haase, im Reichstag während des Krieges gehalten hat, in Buchform herausgekommen (Berlin, Verlag Neues Vaterland, Preis 4 Mark). Das Studium dieser Reden beweist vor allem eines, daß für diejenigen, die sich schon während des Krieges bemüht hatten, durch den Rebel der Kriegslüge hindurchzublicken, die Frage über die Schuld am Kriege und an der immerwährenden Kriegsverlängerung längst beantwortet war, bevor noch Erzberger mit seinen Enthüllungen begonnen hat. Die Reden des Genossen Haase wirken heute noch so frisch wie an den Tagen, an denen sie gehalten worden sind. Es ist die Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus, von der sie getragen sind, und die sie deshalb für jeden Sozialisten auch nach der Zeit ihres Entstehens zu einer Quelle der Erkenntnis machen. Doch nicht nur Haase allein hat unermüdet für die Aufklärung über die Ziele der deutschen Kriegspolitik und so für die Wiederherstellung des Friedens gewirkt; auch die anderen Vertreter zuerst der Opposition und später der unabhängigen Sozialdemokratie haben während des Krieges mit ihren Reden dazu beigetragen, daß von der Tribüne des Reichstags die Wahrheit verkündet wurde.

Die gesammelten Reichstagsreden des Genossen Haase sind nicht nur eine Geschichte der deutschen Kriegspolitik, sie geben zugleich eine Darstellung des Entstehens und Werdens der Unabhängigen Sozialdemokratie. In einem kurzen Vorwort gibt Haase einen Abriss über die Entwicklung unserer Partei von der ersten Abstimmung von 14 Abgeordneten in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 4. August 1914 gegen die Kriegskredite, über die von den Rechtssozialisten gewaltsam erzwungene Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, bis zur Konsolidierung der Parteiopposition als Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Dieser kurze Abriss kommt dann in den Reichstagsreden zur weiteren Ausführung. Wir erkennen, wie zuerst die Parteiopposition und dann die neue Partei aus der ersten instinktiven Erkenntnis von den Ursachen des Krieges zu immer größerer Klarheit sich entwickelt; wir erhalten einen besonders deutlichen Beweis dafür, wie die Politik unserer Partei während des Krieges stets nur von den Interessen des Proletariats und des ganzen deutschen Volkes geleitet worden ist. Der Kampf gegen die Kriegspolitik der Regierung, der bürgerlichen Parteien und der Rechtssozialisten hat mit dem ersten Tage des Krieges begonnen. An den Sitzungen der Reichstagsfraktion, in zahllosen Versammlungen der Parteiorganisationen im Lande, in tausenden öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungen regte sich der Widerstand gegen die arbeitverräterische Politik der sozialdemokratischen Mehrheit. Die Opposition sammelte sich, sie wurde den Scheidemannern gefährlich, mußte die alte Partei verlassen und eine neue Partei bilden. Was aber zuerst eine kleine Minderheit war, ist inzwischen zu einer gewaltigen Macht angewachsen, und man kann jetzt schon feststellen, daß die Masse der Arbeiterschaft zur Unabhängigen Sozialdemokratie steht — dank der von unserer Partei während des Krieges besorgten Politik.

Besonders bemerkenswert in Haases Reden sind die Ausführungen, die sich mit den Annexionszielen der Kriegstreiber und der Frage befassen, wie weit die Regierung mit ihnen einverstanden ist. Am 24. März 1916, nachdem Herr Scheidemann für die Rechtssozialisten seine Zustimmung zum Notetat gegeben hatte, verlangte Haase, daß die Regierung die Hand zum Frieden ausstrecken solle. Er führte aus:

„Wohin feuert denn die auswärtige Politik“

der Regierung. Schon im März vorigen Jahres habe ich im Reichstag ausgeführt, daß bei der günstigen Position, in der sich Deutschland befindet, unsere Regierung die Verpflichtung habe, den anderen die Hand zum Frieden entgegenzutreten. Seitdem ist ein volles Jahr verstrichen, und noch ist das Ende des euschlichen menschenmordenden Krieges nicht abzusehen.

In allen Ländern haben die Massen den leidenschaftlichen Willen zum Frieden, und wenn dieser Wille noch so sehr unterdrückt wird, schließlich bricht er durch. Die Volksoberleitung würde ihre Aufgaben verkennen, wenn sie sich nicht zum Dolmetsch dieser starken Friedenssehnsucht machte, wenn sie sich gar im kritischen Augenblick eine Wunde vor die Augen legte und ihr Volk täuschte. Ein solches Verhalten, meine Herren, müßte sich schwer rächen."

Goose führte in dieser Rede weiter aus, daß wir schon längst den Frieden hätten haben können; wenn es sich nur darum handelte, die Unverletzlichkeit des Reiches und die Unabhängigkeit unseres Volkes aufrecht zu erhalten. In den proletarischen Massen machte das Gefühl, daß sie für Interessen kämpfen sollten, die nicht die ihrigen sind. Und dann rief er den Kriegsparteien zu:

Sie werden doch nicht bestreiten, daß selbst in den Kreisen der Kapitalisten, soweit sie nicht Kämpfer des Krieges sind, und zwar in allen Ländern, man längst glaubt: Dieser Krieg ist eine falsche Rechnung gewesen. Auf der einen Seite erheben sich immer lauter Stimmen, die als Ziel des Krieges die Ausdehnung unserer Weltmacht, die Erreichung der Weltbeherrschung fordern, und zu diesem Zwecke die ausschweifendsten Eroberungspläne verfolgen. Man sollte annehmen, daß nur komplette Narren oder gewissenlose Verbrecher solche Pläne verfolgen können."

Während dieser Rede wurde Goose fortwährend vom Präsidenten unterbrochen; die Meute der bürgerlichen Parteien kriehe auf, als sie die Wahrheit hörte, und schließlich entzog der Präsident des Reichstages unserem Redner das Wort. Als ein Denkmal von der Zeiten Schande muß festgehalten werden, daß auch die Rechtssozialisten beim Niederbrüllen des Genossen Goase beteiligt waren, daß auch sie dem Präsidenten stürmischen Beifall spendeten, als er den Wortführer der Unabhängigen Sozialdemokratie mundtot machte.

Kurze Zeit darauf, am 6. April 1916, als weder die Regierung noch die bürgerlichen Parteien, noch auch die Rechtssozialisten daran dachten, mit der Widergutmachung des an Belgien begangenen Unrechts zu beginnen, führte Genosse Goase folgendes aus:

Was soll es heißen, wenn der Herr Reichskanzler... davon sprach, auch gegenüber Belgien gäbe es keinen status quo ante? Wir fordern von unseren Grundrissen aus die staatliche Wiederherstellung Belgiens, und nicht nur diese, sondern seine politische und seine ökonomische Selbständigkeit. Wir wissen ja, daß Recht und Gerechtigkeit im Kriege tief im Arreife stehen. Wir erheben jedoch unsere Forderungen noch wie vor aus dem Gefühl des Rechts heraus. Wir sind auch der Auffassung, daß nur, wenn Deutschland entschlossen ist, das Unrecht, das Belgien zugefügt worden ist, wieder gutzumachen, wir in absehbarer Zeit einen Frieden bekommen werden, und zwar einen Frieden, der Dauer verspricht.

Wenn es für irgendeinen noch nicht klar war, was der Herr Reichskanzler gestern meinte, als er über Belgien sprach, so haben die Reden der Herren von den bürgerlichen Parteien seine Ansichten ins rechte Licht gerückt. Herr Spahn hat sofort aus den Worten des Herrn Reichskanzlers die Folgerung gezogen, daß Belgien, politisch, militärisch und wirtschaftlich in unsere Hand komme."

Unsere Partei hat also damals ganz richtig erkannt, daß Belgien das Hindernis sei, an dem jede Friedensmöglichkeit zerfallen müsse. Die bürgerlichen Parteien aber wollten Belgien behalten, und die Rechtssozialisten unterstützten sie offen dadurch, daß auch in ihren Reihen sich Leute für den belgischen Raub begeisterten, oder versteckt dadurch, daß die ganze Fraktion unausgesetzt die Kredite für die Kriegsführung bewilligte.

In der Reichstagsrede vom 11. Oktober 1916 hat Goase noch einmal ausgeführt, daß die Verständigung möglich sei, und er hat nachgewiesen, daß Gelegenheiten, den Frieden zu schließen, verpaßt worden seien. Kurze Zeit darauf kam das angebliche Friedensangebot Deutschlands. Wie sollte es von den andern Völkern ernst genommen werden? Mit der linken Hand kredite die deutsche Regierung den Friedenszweig aus, mit der Rechten aber erhob sie drohend das Kriegsschwert. Es war voranzuziehen, daß die anderen Regierungen nicht darauf eingehen würden, und wenn noch etwas geeignet gewesen wäre, die Dinge zu verschlimmern, so war es die daraus folgende Heranforderung Amerikas durch den U-Boot-Krieg. In seiner Rede vom 30. März 1917 führte Goase aus:

Wenn man die Friedenspforte mit der Gebärde des Siegers in die Hand nimmt, in die andere aber das Schwert, und mit diesem droht, dann ist ein solches Angebot von vornherein dazu verurteilt, als Friedensangebot wirkungslos zu verpuffen. Es genügt nicht allgemein zu sagen, man sei zum Frieden geneigt. Welche Regierung will denn nach dem Frieden? Die anderen wollen den englisch-französisch-russischen Frieden, und bei uns will man den deutschen Frieden. Wenn jeder dem andern seine Bedingungen aufzulegen will, von dem Gedanken ausgehend, daß er gestiftet habe, so kommt man nicht zum Ziel.

Meine Herren, wenn Sie dagegen — und dafür habe ich noch in der letzten Stunde einen dokumentarischen Beweis bekommen — erklären: wir wollen keine Annexionen, wir wollen keine Überhoheit über ein anderes Volk, wir wollen kein anderes Volk zu unserm Vasallen machen wir wollen auch keine Kriegsschuldung von einem andern Volke und wollen den andern Nationen ihre Selbstbestimmung lassen, — dann können wir den Frieden haben.

Die Kriegsparteien und die Regierung haben nicht hören wollen. Sie verfolgten ihre Ziele weiter, die Lage Deutschlands wurde immer schwieriger. Es kam die Umwandlung Erbergers aus einem Kriegs- zu einem Friedensenthusiasten. Die Mehrheitspartei des Reichstages führten die Komödie mit der Juli-Resolution auf. Der Reichskanzler Michaelis prägte sein berühmtes Wort, daß er keine Ziele im Rahmen der Resolution, wie er sie aufstufte, glaube durchzuführen zu können. Die Rechtssozialisten hatten ihren Frieden mit der Monarchie gemacht. Die Vasallensysteme gegen Italien, die Einnahme von Nizza, sonstige militärische Eroberungen das Glück der Kriegstreiber immer größer werden zu lassen. Selbst Herr Scheidemann hatte erklärt, daß seine Partei Kriegsschuldungen nicht ablehnen würde. Demgegenüber richtete Goase immer wieder seine Mahnungen an das deutsche Volk,

von den alten Täuflungen loszumachen und sich neuen nicht hinzugeben. Bald kam wieder eine Zeit des Rabenjammer. Immer deutlicher wurde es, daß die Kriegspolitik der Regierung Deutschland ins Verderben führen müsse. Immer brutaler wurden die Methoden der Gewalttätigkeit gegen die Teile des Volkes, die die Wahrheit erkannt hatten und sie zu verbreiten suchten. Dazu führte Goase am 9. Oktober 1917 das Folgende aus:

Es kommt für die Herren jetzt darauf an, das rote Tuch zu schwenken, um die andern Parteien zu einem festen Blud zu Unterstützung der unglücklichen Regierungspolitik zusammenzuschließen, die unser Volk in das Verderben gedrückt hat und nur immer tiefer ins Verderben hineinbringt.

Die Erklärung des Herrn Reichskanzlers, und außerhalb des Gesetzes zu stellen, hat mich wirklich nicht überrascht. Vom ersten Kriegstage ab habe ich das erwartet, und viele in diesem Hause wissen: ich habe unmittelbar vor der entscheidenden Sitzung des 4. August darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Zeitpunkt kommen wird. Die Erklärung des Herrn Reichskanzlers beweist nur, daß das Wasser ihm und allen Anhängern seiner Politik bis an die Kehle dringt. Und in dieser Situation, wo sie nicht wissen, wie sie herkommen sollen aus all dem Elend, da schlagen sie los gegen diejenigen, welche ihre Kriegspolitik von jeher bekämpft haben, und die das Unheil vorausgesagt haben, das nunmehr gekommen ist.

Die deutsche Kriegspolitik ging ihren unheilvollen Gang weiter. In Russland brach die Revolution aus, die Friedensverträge von Brest-Litovsk und Bukarest wurden abgeschlossen. Goase als Redner unserer Fraktion führte dazu aus, daß der Friede von Brest-Litovsk nur ein Waffenstillstand sei, daß er den Gesamtfrieden nicht schneller herbeiführe, sondern nur den Krieg noch weiter verlängere. Herr Erberauer hatte diesen Vertrag lebhaft begrüßt, und auch Herr David von den Rechtssozialisten gab lediglich die Erklärung ab, daß seine Freunde den Vertrag mit gemilderten Gefühlen betrachteten. Goase führte demgegenüber aus, daß unsere Partei nur von einem Gefühl erfüllt sei, und zwar dem Gefühl der Schande, daß einem Nachbarvolk jetzt ein Schwertriede aufgezwungen werden solle.

Das Unheil nahm seinen Lauf, so kam der Zusammenbruch der Mittelmächte, die kaiserlich-parlamentarische Regierung des Prinzen Max, das Gehn um den Waffenstillstand. Genosse Goase zog am 23. Oktober 1918 das Endergebnis der deutschen Kriegspolitik:

Der deutsche Imperialismus hat also das blutige Spiel in vollem Umfange verloren. Er hat die denkbar schwerste Niederlage erlitten. Die Parole Heloland-Tagelied wurde ja dazu benützt, um die Volkseidenschaft zu Beginn des Krieges aufzupeitschen. Dieses Programm ist zusammengebrochen. Wir empfinden aber einen Frieden, der zwar den deutschen Kapitalismus in seiner Ausbreitung hemmt, der aber den Kapitalismus der Entente stärkt, ihm andere Länder zur Ausbeutung ausliefert, keine Befriedigung. Wir sind und bleiben Gegner eines jeden Kapitalismus.

In derselben Rede aber kündete Goase an, daß der Sieg der Entente über Deutschland und die Ausnützung dieses Sieges keine Dauer haben würden. Die Götterdämmerung für das alte System sei herangebrochen, schon zeige sich die Morgenröte einer neuen Zeit. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen würde aufhören, nur Freie und Gleiche würde es dann geben. Von der Minderheit und Entschlossenheit der Arbeiter werde es abhängen, ob diese die Menschheit befreiende Umwälzung bald erfolge, oder ob wir noch längere Zeiten bis dahin durchzumachen haben. "Wir haben Vertrauen zu den Arbeitern, wir sind überzeugt, daß aus all dem Elend am letzten Ende doch hervorgehen wird die volle Befreiung der Menschheit."

Eine Irreführung der Arbeiterchaft.

Die Bezirksleitung der U. S. P. Niederrhein erläßt unter dieser Überschrift folgende Erklärung: Das kommunistische Organ "Freiheit" (in Hanau) bringt in seiner Ausgabe vom 20. Juli diese Nachricht:

Die Bezirksleitungen der U. S. P. und U. S. P. für Rheinland-Westfalen haben gestern Abend an General Watter und Reichskommissar Severing folgendes Ultimatum auf telegraphischem Wege abgehen lassen: "Fordern innerhalb 24 Stunden Freilassung sämtlicher politischer Gefangenen in West zwecks Errettung vom Hunger, andernfalls Arbeiterschaft entschlossen, in den Generalstreik zu treten."

Hierzu sehen wir uns gezwungen zu erklären, daß die Bezirksleitung der U. S. P. Niederrhein von dieser Aktion erst in Kenntnis gesetzt wurde, nachdem beide Telegramme abgegangen und die Arbeiterschaft zum Handeln aufgefordert war. Ebenso ist auch die Fraktion der U. S. P. in Weimar ohne unser Wissen von der Aktion in Kenntnis gesetzt worden, bevor wir etwas davon erfuhr. In der Sache selbst brauchen wir wohl nicht besonders zu betonen, daß wir für die restlose Aufhebung des Belagerungszustandes und der Schußhaft mit allen Mitteln einzutreten gewillt sind, wo uns nur die Gelegenheit dazu geboten erscheint.

Ebenso sind wir der Uebergangung, daß die Massenbewegte Arbeiterschaft den am Hungerstreik beteiligten Schußhaftgefangenen ihre volle Sympathie ausdrückt und gewillt ist, mit aller Kraft sie in ihrem Kampfe zu unterstützen.

Wir müssen uns aber mit aller Entschiedenheit gegen jeden Mißbrauch wenden, den man von einigen Personen hinter unserm Rücken mit dem Namen der U. S. P. anzuwenden beliebt.

Wenn eine Aktion gegen die kulturwidrige Anwendung des Belagerungszustandes und der Schußhaft eingeleitet und mit Erfolg durchgeführt werden soll, so ist dazu eine geschlossene folg durchgeführt werden soll, so ist dazu eine geschlossene Kampfkraft der Arbeiterschaft erforderlich.

Die so notwendige Geschlossenheit wird und ist aber durch das von einigen Personen beliebte eigenartige Vorgehen durchbrochen und unmöglich gemacht. Wir lehnen deshalb jede Verantwortung für die aus dieser Situation sich ergebenden Folgen ganz entschieden ab und rufen die Arbeiterschaft auf, den Kampf auf der ganzen Linie dann aufzunehmen, wenn die dazu berufenen Vertrauensleute der Arbeiterschaft selbst es bestimmen.

Es ist in der Tat unerhört, daß eine so wichtige Aktion durch die eigenmächtige Handlung einiger Kommunisten, durch den Mißbrauch des Namens der Unabhängigen Sozialdemokratie gestört und geschädigt worden ist. Der Sache der Arbeiterschaft wird ein schlechter Dienst erwiesen, wenn über ihre Köpfe hinweg ohne jede Vorbereitung zu Handlungen

aufgerufen wird, die unberechenbare Folgen nach sich ziehen können und bei denen am Ende niemand, da ist, der die Verantwortung dafür übernehmen kann.

Das letzte Mittel.

In der "Deutschen Zeitung", diesem antisemitisch-antisozialistischen Blatt, fand sich folgende Annonce vor:

Preisaußschreiben.

Für die Abfassung eines zur Verwendung geeigneten Flugblattes, das in allgemein verständlicher Weise den unbefriedigten Anteil des Judentums am Zusammenbruch Deutschlands unter besonderer Berücksichtigung der Sozialdemokratie beleuchtet, setzen wir drei Preise von 500, 300 und 200 M.

aus und bitten, Entwürfe an Herrn Stadtverordneten Friedrich Wiegershaus, Eberfeld, Humboldtstraße 37, richten zu wollen. Liebermann von Sonnenberg-Spende des Gauces Westmahl des deutschvölkischen Bundes."

Da den alldeutschen Verbrechern, auf deren Köpfen die Blutschuld für Millionen Teile ruht, vor den augenblicklichen Gehüllungen ihrer Schuld in der Nationalversammlung wohl der zu großen beginnt, greifen sie zu dem verzweifeltsten Mittel nach altbewährtem Rezept des "Hölle-den-Diebst"-Räufers die Schuld von sich auf andere abzuwälzen. Juden und Sozialdemokraten, die natürlich für alles Schlimme verantwortlich sind, lassen ihnen da gerade recht. Und da sie einerseits natürlich nicht den Funken eines Verweises für eine Schuld der Juden und Sozialisten am Weltkrieg haben, und da sie andererseits nicht zu beschränkt sind, um selbst einen einigermaßen glaubhaften scheinenden Schwindel anzudeuten, so versuchen sie, durch solche Behauptungen niedrige Subjekte zur Erzeugung der demagogischen Lügen zu veranlassen.

Doch das deutsche Volk hat diese Blutsauger erkannt und wird ihnen zu gegebener Zeit bald die richtige Antwort geben.

Die Judenpogrome in der Ukraine.

Die Pariser "Humanität" vom 24. Juli veröffentlichte wahrhaft erschütternde Berichte über Hinnebelungen und Mißhandlungen von Juden in der Ukraine, über die Gefährdung ihres Eigentums und über die rohesten antisemitischen Gewalttätigkeiten. Die Zeitung schreibt u. a. folgendes:

Alle Dementis, welche über Judenmassaker in der Ukraine veröffentlicht worden sind, sind vollkommene Lügenmoderationen. Eine vertrauenswürdige Person, welche soeben aus Rumänien und Bessarabien zurückgekommen ist, hat dem jüdischen Komitee bei den Friedensverhandlungen Berichte übermittelt, welche in Zweifel gezogen werden können. Hiernach sind in den letzten 6 Monaten zehntausende von Juden geißelt und 600.000 Tausende beraubt, geschlagen und verprügelt worden. Die Tage der furchtbarsten mittelalterlichen Inquisition sind wieder ausgerufen, denn die Massen von den grausamsten Torturen und von den entsetzlichsten physischen und moralischen Qualereien begleitet. Die Pogrome dauern noch jetzt an und bedrohen die dortigen Juden mit vollständiger Vernichtung."

Der Bericht veröffentlicht dann die Namen einiger ukrainischer Städte, zugleich mit den Angaben über die furchtbarsten Untaten, die sich in ihnen ereignet haben.

Schließlich schreibt das Blatt: "Meistens haben die Pogrome in jeder Stadt 5 bis 7 Tage gedauert, eine unbeschreibliche Zahl hat sich der ganzen jüdischen Bevölkerung der Ukraine bemächtigt."

Soweit der Bericht der "Humanität". Das sind die grünen und roten, die die Folge der reaktionären und gegenrevolutionären Gehe in der Ukraine geworden sind. Dem Mitgefühl aber, das wir für jene Unglücklichen empfinden, wollen wir zugleich unsern Abscheu vor den deutschen und jüdischen Reaktionen ausdrücken, die in ihren Überwältigungen und in Flugblättern mehr oder minder unüberlegt dazu auffordern, auch bei uns in Deutschland solche Pogrome zu veranstalten. Jene Reaktionen über deren entsetzliche Mordlust während der Kriegszeit und über deren Kriegsbegehrte von Tag zu Tag dem deutschen Volke immer mehr die Augen geöffnet werden, versuchen wir uns nicht abzugeben und es auf Unschuldige zu hegen. Das deutsche Volk wird sich nicht täuschen lassen; nunmehr erkennen alle, daß allein jene reaktionären und monarchischen Kreise an Deutschlands Unheil schuld sind, und daß über sie das unschuldige Blut unserer Millionen kommen muß. Das Volk wird ihnen das nicht vergessen und wenn keine Zeit gekommen ist, sie, die wahren Schuldigen zur Verantwortung ziehen.

Prügelstrafe für Demonstranten.

Die "Berliner Wacht" bespricht in Nr. 41 vom 30. Juli das Urteil im Neuring-Prozess und kommt zu dem Schluß, daß das Urteil die Staatsordnung gefährdet da Verbrecher unschuldig gemacht werden müßten. Sie sieht bei dieser Gelegenheit für die Biedereinstellung der Prügelstrafe ein; dies sei "die einzige Strafe, die die Mordlinge verstehen". Dann fährt das Blatt fort:

In die zweihundert Menschen waren an dem Tage zur Strafe beteiligt. Keiner war unter 20 Jahren, der den Rückblick hätte. Mit einer gewissen Angeltlichkeit haben alle gegen ihre dahingehenden Bestrebungen beteuert; etwas davon hat keiner. Wir sind der Ansicht, daß jeder der den zweihundert mitschuldig ist, und sei es auch nur dessen, durch seine neugierige Gegenwart in den Gassen vergrößert und den Tätern die Kraftgefühl einer großen Anhängerschaft gegeben zu haben. Auch sie müßten bestraft werden, nicht nur einer großen, nur mit einer kleinen Maßregelung, am liebsten und das Mitlaufen abzuwenden. Sollte man nicht hoffen, daß man hofft werden kann, ein paar tüchtige Dicker zu ziehen? Wir sind überzeugt, daß die "Massendemonstrationen" abnehmen würden!

Das Verlangen, die Prügelstrafe gegen Demonstranten anzuwenden, bekommt eine besondere Bedeutung dadurch, da die "Berliner Wacht", das offizielle Organ der Reichswehr ist. Dieses Blatt wird von der berüchtigten Spitzelzentrale der Brigade Reinhardt herausgegeben, die unter dem Deckmantel Fliegende 9. Infanterieabteilung in Berlin-Königsplatz untergebracht ist, und der neben dem Hauptmann...

Gegen die Schutzhaftschande.

Die Protestkundgebungen, zu denen unsere Parteileitung die Parteigenossen gestern aufgerufen hatte, waren wieder von großen Massen besucht und nahmen überall einen würdigen und ruhigen Verlauf. In einigen Lokalen fehlte der vorgesehene Raum nicht aus, um die Erscheinungen zu fassen, und es wurden schnell noch Parallelversammlungen in den anstehenden Gärten abgehalten. Mit großem Beifall wurden die Ausführungen der Referenten aufgenommen, die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und der Schutzhaft forderten. Nach Schluß der Versammlungen gingen die Besucher ruhig nach Hause, so daß die Vorbereitungen, die von militärischer Seite getroffen waren, um eventuellen Demonstrationen entgegenzuwirken, umsonst waren.

Nachfolgend lassen wir in kurzen Zügen ein Bild von den Versammlungen erscheinen, soweit uns die Wünsche darüber zugehen.

In den Pharusfälen in der Raiserstraße war der Andrang so stark, daß eine zweite Versammlung im Hof stattfinden mußte. Im Saal sprach Genosse Ruffler. Er schloß die heutige Versammlung, die Verfolgung und Verhaftung der politischen Gegner der Regierung. Das seien die Früchte der Revolution. Der Redner forderte zur gemeinsamen Front der revolutionären Proletariate für den Tag der Abrechnung auf und erzielte damit den stürmischen Beifall der Versammlung. Im Garten lauschte eine Kopf an Kopf gedrängte Menge den Ausführungen des Genossen Schneider-Neußla. Auch hier kam die lebhafteste Empörung über die Schande der Schutzhaftschande zu heftigem Ausdruck.

Im Ruffler-Bereich waren annähernd 1000 Personen anwesend waren, referierte Genosse Ritter. Lebhaftem Beifall erzielte er, als er sagte: „Mit Hilfe des Belagerungszustandes kann jeder viel registrieren, aber viel sind auch die, die sich ihn gefallen lassen.“

In der Böhm-Bräuerei sprach vor mehreren tausend Personen der Genosse Wätcher. „Heiligste Pflicht eines jeden Arbeiters“, sagte er, „gegen diese Regierung zu kämpfen, um sie bei der nächsten Gelegenheit zu stürzen. Doch dürfe man sich jetzt nicht provozieren lassen, das bedeute Selbstmord.“ Erregte Stimmung und lautes Geknurre kamen in der Versammlung zum Ausdruck. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Ein Redner hielt eine Ansprache an die „verehrten Herrn Episkop“ und bat sie um wahrheitsgetreue Berichte.

Die Versammlung im Königstädter Wohnhaus, wo 1000 Personen anwesend waren, nahm ebenfalls einen ruhigen Verlauf. Hier referierte Genosse Wiesel, der ausführte, daß mit allen Mitteln den Schutzhaftigen geholfen werden müsse.

In „Allems Festsälen“ in der Hafenstraße, die schon eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung überfüllt waren, referierte Genosse Adolf Hoffmann vor etwa 2500 Besuchern. Unter gespannter Aufmerksamkeit, oft von stürmischen Entrüstungsrufen unterbrochen, schilderte der Referent die Leiden der Schutzhaftgefangenen, die er am eigenen Leibe unter günstigeren Bedingungen als die heutigen Schutzhaftgefangenen unter dem alten Regime ausgeliefert habe. Er brandmarkte mit scharfen Worten die rechtssozialistische Ausdrucksweise „Hungenkreuzkummel“, die das äußerste sei, was man von sogenannten „Sozialisten“ verlangen könne.

In der Bod-Bräuerei kaufte die den Saal füllende Menge den Worten des Referenten, Genossen Bessier, der ebenfalls in scharfer Weise das Verhalten der Rechtssozialisten und Demokraten, die in untätiger Weise es dulden, daß politische Andersdenkende hinter Herkennzeichen schmachten, geheißt. Da in der Diskussion mehrere Kommunisten ihre Taktik empfahlen, benutzte der Referent kein Schwermut, um darauf hinzuweisen, daß wir im Ziel wohl alle einig seien, daß aber die Wege zu ihm verschieden seien.

In Richtenberg waren beide Versammlungen überfüllt. So daß ein Teil der Besucher wieder umkehren mußte. Beide waren beide Referenten nicht erschienen. In der Versammlung Marktstraße referierte dafür Genosse Richter, im Geleichen-Platz Genosse Thurm. Beide Redner wurden bei ihrer scharfen Heißung der Taten der Regierung durch stürmische Zustimmung unterstützt. Die Versammlung verlangte einstimmig die Aufhebung des Belagerungszustandes und die Freilassung der politischen Inhaftierten.

In Charlottenburg konnte der große Saal des Volkshauses nicht die Zahl der Einladungsbegehrenden fassen, so daß sich noch eine Parallelversammlung im Hofe notwendig machte. Der Referent im oberen Saal war der Genosse Wegmann, auf dem Hofe die Genossen Klamer und Wunderlich. Sie geshellen das Verhalten des Belagerungszustandes und der Schutzhaftschande in energischen Ausführungen und erzielten damit den reichen Beifall der Versammlung. In der anschließenden lebhaften Diskussion trugen verschiedene ehemalige Schutzhaftgefangene die Missetaten und die durchgemachten Leiden an der Hand tatsächlichen Materials der Versammlung vor, was einen sichtlich tiefen Eindruck bei den Zuhörern hinterließ. In den Schlussworten des Referenten wurde noch zur Festhaltung an der Organisation, der Weiterverbreitung unserer Ideen vermöge der Presse appelliert und ging darauf die Versammlung in würdiger Stimmung auseinander.

In Schöneberg sprach in einer gut besuchten Versammlung der Genosse Wegmann unter stürmischem Beifall über das Thema des Tages. Eine Anzahl Neuaufnahmen und Befreiung der „Freiheit“ war das äußere Zeichen des Tages.

Die Arbeiterschaft von Weihenstephan versammelte sich zahlreich in den Voruffassalen. Das Lokal war überfüllt. Genosse Peters hielt das Referat. Er gedachte einleitend des 4. August 1914 und würdigte die mit diesem Tage eingeleitete Politik der Völkerbelämpfung, der er die von unseren wissenschaftlichen Vorkämpfern begründete sozialistische Politik gegenüberstellte. In Parallele zu den Verhandlungen in der Nationalversammlung über die Schutzhaftschande stellte er die im Jahre 1918 im Reichstag durch Genossen Dittmann hervorgerufene Debatte, wo die damalige Regierung eine weit menschlichere Haltung eingenommen hatte als die sozialistischen Verräter in der „freien Republik“. Stürmischen Beifall fand der Referent, als er am Schluß seiner Ausführungen zum Kampf für die Schaffung einer wahrhaft sozialistischen Regierung, gestützt auf das Vertrauen der Gesamtarbeiterschaft, aufrief. In der Diskussion brachte Genosse Grünbaum erregende Ergebnisse aus der Schutzhaft zur Sprache. — Ein Epilog wurde dabei erlappt, als er nach Rußland telephonisch berichtete, die Versammlung beschäftigte sich damit, wie man die Regierung beseitigen könne.

Demnächst erscheint

haases Anklagerede

in der

Nationalversammlung zu Weimar

Preis 50 Pfg.

Bestellungen richte man sofort an die Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ 6. m. h. n. Berlin NW. 6, Abt. Buchhandlung Schiffbauerdamm 19.

und anderer Verträge durch Artikel 101 des Friedensvertrages festgesetzt, daß, wenn zur Beendigung der 15 Jahre Deutschland den Verpflichtungen nachkommen ist, die ihm der Friedensvertrag auferlegt, die Besatzungstruppen sofort zurückgezogen werden. Wenn Deutschland zu einem früheren Termin den Beweis seines guten Willens und die erforderlichen Garantien gegeben hat, um die Ausführung dieser Verpflichtungen sicher zu stellen, werden die davon interessierten alliierten und assoziierten Mächte bereit sein, unter sich ein Abkommen zu treffen, um der Besatzungsperiode früher ein Ende zu machen.

Für jetzt und die Zukunft sind die Mächte, um die Lasten für die Wiedergutmachung zu vermindern, bereit auszugehen, daß, sobald sie davon überzeugt werden, die Summe, die Deutschland für die Unterhaltung des Besatzungsheeres auszugeben hat, die Summe von 240 Millionen Goldmark nicht übersteigen wird. Dieses Abkommen kann modifiziert werden, sobald die alliierten und assoziierten Regierungen der Ansicht sind, daß eine derartige Abänderung notwendig ist.

Der Friedensvertrag in der italienischen Kammer.

Genoa, 4. August. (H. N.)

Aus Rom wird gemeldet: Die Kammer hat heute mit der Beratung des Friedensvertrages mit Deutschland begonnen.

Die Wiederaufnahme der Postverbindung.

Bern, 4. August.

Begleich der Wiederaufnahme der Postverbindung mit Deutschland wird in einer Note an die Pariser Mächte mitgeteilt, daß die von Frankreich nach Deutschland ausgesendeten Korrespondenzen eine beträchtliche Verzögerung erleiden werden, da die Zensur außerordentlich scharf gehandhabt wird. Geld- oder Geldsendungen irgendwelcher Art sind verboten. Dagegen ist völlige Freiheit für Sendungen von Zeitungen und Propagandaschriften gewährleistet. Die Posttarife sind dieselben wie vor dem Kriege.

Einfuhr deutschen Geldes nach Frankreich.

Genoa, 4. August. (H. N.)

Aus Paris wird gemeldet: Die französische Staatsregierung veröffentlicht eine Bekanntmachung, laut der das Verbot der Einfuhr deutschen Geldes und deutscher Banknoten nach Frankreich aufgehoben wird.

Auflösung der interalliierten Nahrungsmittelkommission.

Genoa, 4. August. (H. N.)

Aus London wird gemeldet: Der Oberste Wirtschaftsrat, der jetzt in London seine Sitzungen abhält, hat die Schwierigkeiten der Versorgung Europas mit Steinkohle, Nahrungsmitteln und Rohmaterialien besprochen. Es wurde beschlossen, da die Kohle nunmehr eingestellt ist, die interalliierte Nahrungsmittelkommission, die bis jetzt in Rotterdam ihren Sitz hatte, aufzulösen.

Demobilisation des amerikanischen Heeres.

Genoa, 4. August. (H. N.)

Aus Washington wird gemeldet: Das Kriegsdepartement teilt mit, daß seit dem September 1918 8 130 000 Mann demobilisiert wurden, wodurch die amerikanischen Streitkräfte auf 612 708 Mann herabgesetzt wurden. Die 6000 Mann Marine-Soldaten, die dem amerikanischen Expeditionsheer zugeteilt sind, sind dabei nicht mitgerechnet.

Aufrechterhaltung der britischen Einfuhrbeschränkungen.

Genoa, 4. August. (H. N.)

Aus New York wird gemeldet: Londoner Meldungen besagen, daß Großbritannien die Einfuhrbeschränkungen nach England auch nach dem 1. September aufrecht erhalten wird. Diese Entscheidung wurde durch den sehr ungünstigen Stand des Sterlingwechsels in New York veranlaßt.

Das Nationalvermögen Italiens.

Bern, 4. August.

Das Nationalvermögen Italiens schätzt der wirtschaftliche Mitarbeiter des „Secolo“ nach dem heutigen Geldwert auf 290 Milliarden Lire, den Ertrag der geplanten großen Vermögensabgabe auf 30 Milliarden, die zusammen mit der feindlichen Entschädigung von 20 Milliarden die Befundung der italienischen Staatsfinanzen möglich erscheinen ließen. Der Mitarbeiter befürchtet aber, daß man bei der Durchführung der Vermögensabgabe auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoße.

Verchiebung des syndikalistischen Kongresses.

Amsterdam, 4. August.

Das niederländische internationale Arbeitersekretariat hat von den syndikalistischen Gewerkschaftsvereinigungen Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Deutschlands, Italiens und der Schweiz die Mitteilung erhalten, daß diese Gewerkschaftsvereinigungen sich an dem internationalen syndikalistischen Kongress, der am 6. August in Amsterdam stattfinden sollte, nicht beteiligen können, da sich die niederländische Regierung weigert, den Pässen der Delegierten dieser Vereinigungen das Visum zu erteilen. Daraufhin hat der Vorstand des niederländischen internationalen Arbeitersekretariats beschlossen, den Kongress zu verschieben und ihn im Herbst abzuhalten.

Klotz nicht wiedergewählt.

Eigene Drahtnachrichten der „Freiheit“.

Würgburg, 4. August.

Bei der vorgeschommenen Vorstandswahl auf dem Verbandstag der Buchhändler wurde der bisherige Vorsitzende Klotz nicht wiedergewählt. Als erster Vorsitzender wurde Hauesen, als zweiter Vorsitzender Harder gewählt.

Von einem englischen Soldaten erschossen wurde in Langenfeld im Kreis Epladen der Arbeiter Heinrich Bracht. Der Engländer will angeblich beleidigt worden sein. Der Vorsitzende der deutschen Massenstillstandskommission hat an die englische Besatzungsbehörde eine Note geschrieben, in der um Aufklärung über diesen Fall erlucht wird.

Kessel, der für das Volk verantwortlich gehalten, auch der Bismarckmeister Lamisch angehört, der Leo Jagliches und den Führer der Volksmarine-Division Lorenz Bach erschossen hat. Marlow, der Mörder der 20 Matrosen, und Leutnant Simons gehörten gleichfalls zu den Rierden dieser Abteilung.

Bei dem Umgang mit solchen Leuten darf uns das rüde Verhalten des Blattes dabei nicht sonderlich verwundern. Das Schlimme ist nur, daß ein solches Blatt aus Staatsmitteln hergestellt und massenweise an die Soldaten der Reichswehr verteilt wird, die sich natürlich die ihnen darin von ihren Vorgesetzten erteilten Lehren zu eigen machen und sie, wie viele Beispiele gezeigt haben, bei gegebener Zeit auch anwenden.

Sie gleichen aus.

Wie eine Kasse weiß der Kapitalist immer wieder auf die Beine zu fallen und es wird viele Reiche geben, denen die mit großer Empfange angefordigte Vermögensabgabe Erbschafts noch weniger schaden wird, als Erbschaft, der Grund Verlust, erwartet. Ganz offen werden die Methoden erörtert, wie diese Patrioten die Abgaben umgehen können. In der bürgerlichen Presse findet sich neuerdings das folgende Interat:

Privatkapitalisten!

erhalten Gelegenheit, die Vermögensabgabe auszugleichen und ihr Kapital bei sicherster Anlage mit 10 Prozent fest zu verzinsen, durch stille Beteiligung an vornehmem Privatbankhaus. Nur Kapitalkräfte, christliche Angehörige unter Gesellschaftsregeln wollen sich melden, unter J. R. 9703 durch Rudolf Wolff, Berlin SW 19.

Mancher kapitalkräftige christliche Herr, der den anderen im Arge das Durchhalten für das Vaterland zu raten dürfte, wird diesen Rettungsanker ergreifen, um gegen das Vaterland durchzuhalten.

Schwere Ausschreitungen in Wismar.

Als die in Wismar liegenden Regierungstruppen zur Unterdrückung der „Märchen“ nach Hamburg verladen werden sollten, widersetzte sich die Wismarer Arbeiterklasse aller sozialistischen Richtungen. Die Jäger zogen deshalb im Schutze der dunklen Dunkelheit von einem benachbarten Bahnhof ab. Sie schwenkten die Arbeiterklasse Rache. Diesen Schour haben sie gehalten. Sofort nach ihrer Rückkunft am 25. Juli veranstalteten sie unter Führung eines blutigen Leutnants einen Spektakel unter den Mäusen: „Straße frei, Fenster gut“ zogen sie unter lebhafter Anstalt durch die Straßen, während schon vorher ein liebesjähriger Jäger, angeblich, weil er mit dem Gewehr nicht umzugehen verstand, durch einen Schuß einem Arbeiter das Bein zerschmetterte hatte.

Die Rechtssozialisten verlangen von ihrem Parteifreund Rodde Überführung der Truppen. Dieser natürlich erfolglos. Die Jäger sehen sich zumeist aus unreifen Kurchen vom Lande zusammen, die durch den hohen Sold und das Nichtsterben bei der Kostengabe angezogen wurden. Die Landwirtschaft ist dadurch von Arbeitskräften entblößt. Die reiche medlenburgische Gutsbesitzerbezieht dient nicht zum geringen aus diesem Grunde den Mäusen vielfach zum Prahl. Die denkenden Arbeiter und Arbeiterinnen Wismars verlassen in Massen die Partei des Herrn Rodde.

Militärrevolte in Böhmen.

In Böhmen gab es vor einiger Zeit eine Meuterei der aus Rußland zurückgekehrten tschechischen Legionäre. Von der Zensur unterdrückt, waren nur vereinzelte Nachrichten in die Presse gelangt. Einem Bericht der Wiener „Roten Fahne“ entnehmen wir nun folgendes:

Eine Abteilung russischer Legionäre in Eisenstein an der böhmischen Grenze hat infolge unzureichender Beschäftigung und schlechter Behandlung seitens der ehemaligen österreichischen Offiziere am 21. Juli revoltiert und die Offiziere verhaftet. Die Kompanie stellte ihre Forderungen, u. a. die Abführung der Offiziere durch gewählte Vorgesetzte. Ein Teil der Soldaten zog nach der Stadt Klattau. Die Soldaten des 14. tschechisch-slowakischen Regiments in Klattau schlossen sich den Revoltierenden an. In Pilsen wurden Soldaten, die eben aus Italien heimgekehrt waren, bewaffnet und gegen die aufständischen gewickelt. Doch weigerten sie sich, dem Befehl zu folgen. Nach einigen Tagen schließlich wurden die Aufrebeher hoch verhaftet.

Am 30. Juli begann der Prozeß vor dem Militärbandgericht, der trotz des Protestes der Verteidigung gegen im durchgeführt wurde, die mit der Rückführung auf die auswärtige Situation begründet wird.

Die Entente und Bulgarien.

Brüssel, 4. August.

Der Oberste Rat der Alliierten hielt nachmittags eine Sitzung ab, in der er sich mit der Lage in Ungarn und dem bulgarischen Friedensvertrag beschäftigte. Die interalliierte Kommission zur Prüfung der bulgarischen Vollmachten tagte vormittags unter dem Vorsitz von Jules Cambon und erklärte die Vollmachten der bulgarischen Friedensdelegierten für gültig.

„Tempo“ forderte heute abend im Leitartikel wiederum schärfes Vorgehen gegen Bulgarien, das entschlossen werden müsse und dem man unter keinen Umständen die ägäische Küste belassen dürfe. Das Blatt erklärt an anderer Stelle, die Amerikaner hätten sich inzwischen zu der Ansicht bekehrt, man dürfe Bulgarien die ägäische Küste nicht belassen.

Ein Entente-Abkommen über die Besatzungsfrage.

Berlin, 4. August.

Der „Tempo“ veröffentlicht den Text einer am 16. Juni zwischen Wilson, Clemenceau und Lloyd George getroffenen Abmachung, die wirklich wie folgt lautet: Die alliierten und assoziierten Mächte haben sich nicht darauf begeben zu erklären, daß die Besatzungsperiode bis zur vollständigen Erfüllung der Wiedergutmachungsklauseln dauere, weil sie glauben, daß Deutschland verpflichtet werden müßte, alle Zwecke seines guten Willens und alle notwendigen Garantien vor der Beendigung der Periode von 15 Jahren zu geben. Da die durch die Besatzung notwendigen Ausgaben eine entsprechende Verminderung der für die Wiedergutmachung zur Verfügung stehenden Summe nach sich ziehen müßten, haben die alliierten

Eine Abrechnung mit den Rechtssozialisten.

Im Verlag „Freiheit“ ist kürzlich unter dem Titel: „Eine Abrechnung mit den Rechtssozialisten“ eine Broschüre erschienen. In der ein Vortrag des Genossen Crispian auf der Generalversammlung unserer Groß-Berliner Organisation am 20. Juni wiedergegeben ist. Wie unangenehm den Rechtssozialisten das Erscheinen dieser Schrift ist und wie sehr die darin ausgelegten Dinge ihnen, beweist die Tatsache, daß die rechtssozialistische Presse keine andere Antwort darauf weiß, als den Genossen Crispian persönlich anzugreifen.

Zu der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ erscheint ein Artikel: „Crispian, der Abrechner“, in dem eine der sozialdemokratischen Korrespondenz zugegangene Zuschrift aus Stuttgart wieder gegeben wird. Der Crispian's Vortrag gelesen hat, begreift, daß die sozialdemokratischen rechtssozialistischen Arbeitervertreter allerdings große Ursache haben, auf Crispian mütend zu sein. Zeigt er doch besonders an den Taten der dortigen Scheidemänner, wie sie bewußten Verrat am Sozialismus geübt haben und wie gemein sie an denjenigen handelten, die ihre sozialistische Ueberzeugung auch nach Kriegsausbruch nicht verleugneten. Dem Genossen Crispian, der zur Zeit als Vertreter unserer Partei auf der internationalen Konferenz in Luzern weilt, ist es leider unmöglich, auf die Angriffe des „Vorwärts“ zu antworten. Von einem Genossen, der die Verhältnisse sehr gut kennt, wird uns aber mitgeteilt, daß die übrigen an sich lächerlichen Vorwürfe zum Teil direkt unwahr, zum Teil völlig falsch dargestellt sind. Die Behauptung z. B., Crispian hätte, als er das Ministerium des Innern übernommen habe, seinen bürgerlichen Vorgänger Dr. v. Köhler ruhig die Geschäfte weiterführen lassen, währenddem er „im Krafswagen umhergefahren und Schimpfreden auf die Sozialdemokraten gehalten“ habe, vermischt Wahres mit dem Falschem. Tatsache ist, daß Dr. v. Köhler nach Uebernahme des Ministeriums des Innern durch Genossen Crispian diesem seine Unterstützung für die nächsten Wochen angeboten hat. Genosse Crispian hatte keine Ursache, eine derartige Mitarbeit rein verwaltungstechnischer Art, die mit Politik gar nichts zu tun hatte, abzulehnen. Nach einigen Wochen hat Dr. v. Köhler seine Mitarbeit aufgegeben. Dieser Vorwurf hört sich am schönsten an von denen, die schon zwei Tage nach Ausbruch der Revolution lebhaft dafür eintraten, ein Koalitionsministerium mit Bürgerlichen zu bilden. Den Kerger der Rechtssozialisten darüber, daß nicht nur sie, sondern auch Genosse Crispian die Möglichkeit hatte, im Krafswagen die Versammlungsorte zu erreichen, besonders in Anbetracht der Tatsache, daß Genosse Crispian überall Abrechnung mit den Scheidemännern hielt und ihr Verhalten während des Krieges als das entlarvte, was es war, als schamlichen Arbeiterverrat, können wir begreifen.

Völlig unwahr ist die Behauptung, Genosse Crispian hätte sich nicht darum bekümmert, höchst reaktionär gesinnte württembergische Beamte von ihrem Posten zu entfernen, sondern diese Aufgabe seinem Nachfolger, dem Rechtssozialisten Dr. Lindemann überlassen. Genoss Crispian konnte nicht alles auf einmal machen. Daß er aber den festen Willen hatte, in Beamten- und inneren Organisationsfragen alles reaktionäre Unwesen auszuräumen, darüber gibt es keinen Zweifel. Daß er nicht dazu kam, diese Arbeit zu vollenden, ist Schuld der Rechtssozialisten, denn deren reaktionäres, konterrevolutionäres Verhalten führte doch zum Ausschließen Crispian aus dem Ministerium. Kleinlich über die Behauptung, Genosse Crispian hätte in seiner Eigenschaft als Abgeordneter der württembergischen Landesversammlung den Antrag gestellt, eine Bestimmung im Stuttgarter Statut über die Erwerbslosenfürsorge, nach der Gemahregelte keine Unterstützung erhalten sollen, zu streichen, wobei sich herausgestellt hätte, daß eine solche Bestimmung im Statut gar nicht enthalten war. Tatsache ist jedenfalls, daß eine solche Bestimmung bestanden hätte. Crispian hätte sich höchstens darin getuschelt haben, daß er meinte, die Bestimmung sei im Statut enthalten, was sich als irrtümlich herausstellte. Eine Gemeinheit ist es, wenn in dem Artikel behauptet wird, Genosse Crispian habe in die Kommissionsführung in der die Sache behandelt worden wäre, den Genossen Joscha geschickt und so bespottet einem andern den Freundschafsdienst zugesprochen. Dem seiener, die immerhin unerquickliche Lage auszuweichen. Dem Schreiber des Artikels ist zweifellos bekannt, daß Genosse Crispian in der Sitzung nicht erscheinen konnte, weil er damals nicht in Stuttgart war. Wenn wir nicht irren, befand er sich auf dem Parteitag in Berlin.

Genosse Crispian hat ein Jahr vor Kriegsausbruch auf einer Landesversammlung der württembergischen Sozialdemokratie die Kampfesweise derer um Reil, des Führers der württembergischen Rechtssozialisten, als niederträchtig bezeichnet. Man sieht, die Herzen sind sich in dieser Beziehung trenn geblieben.

Sitzung des Vollzugsrats.

Der Vollzugsrat beschäftigte sich in der am 4. August stattgefundenen Sitzung mit dem Neuaufbau und der Neuwahl der Groß-Berliner Arbeiterräte. Es wird zunächst eine Erfassung der Wahlberechtigten erfolgen. Hier handelt es sich einmal um die Erfassung der in Betrieben Beschäftigten, deren Meldung indesamt erfolgen muß, dann um Erfassung der Einzelpersonen wie auch der Arbeitslosen. Die Erfassten werden dann, je nach ihrer Berufsart, in 14 Hauptgruppen gegliedert mit entsprechenden Untergruppen. Im Anschluß daran erfolgt die Wahl.

Erschließliche Schwierigkeiten sind noch zu überwinden, besonders auch bei der werktätigen Bevölkerung das nötige Verständnis für den Neuaufbau der Räte geschaffen werden. Das soll durch Flugblätter und Auftragsbesuche geschehen. Hierzu werden die Mittel des Wahl- und Propagandafonds verwendet.

Der Beschluß der Vollversammlung der Arbeiterräte, Bezugs zu einem Wahl- und Propagandafonds zu leisten, wird im weitesten Maße von unseren Kollegen durchgeführt. Bereits mehr als 300 Arbeiterräte bzw. Vertrauensleute haben Marken zum Vertrieb übernommen. Die Legitimationen dieser Kollegen werden zwar sehr genau geprüft, die Abwicklung der Geschäfte muß aber auch von unseren Kollegen in den Betrieben nachgeprüft werden. Jede Woche muß eine Kassenrechnung der umgesetzten Marken erfolgen, worüber der Vollzugsrat eine Diktung ausgehändigt wird. Wir empfehlen unseren Genossen, ihre Kassenrechnung zu kontrollieren.

ren, damit von vornherein jede Unregelmäßigkeit vermieden wird.

Der Vollzugsrat beschäftigte sich des Weiteren mit der Finanzierung der Arbeiterräte durch die Unternehmer, für deren Betrieb sie tätig sind. Nach mehrmaligen Verhandlungen mit den Staatsbehörden stellte sich Grunmeyer das Reichsfinanzministerium auf den Standpunkt, daß die Ziff. 8 der Verordnung der Reichsregierung vom 13. Januar 1919 über das Finanzgebahren der Arbeiterräte zu Recht besteht und als Grundlage zu einer Heranziehung der Unternehmer zu den Kosten der Arbeiterräte zu betrachten ist.

Verbandstag der Buchbinder.

Münster, 2. August.

(Sechster Tag.)

Nach dem Schlußwort zu Punkt „Lohnbewegung“ wurde die von Harber empfohlene Resolution einstimmig angenommen. Zu der zum Geschäftsbericht von der Opposition eingebrachten Resolution wird von 19 Verhandlungsstellen und drei unbesetzten Vorstandsvorsitzern eine Erklärung abgegeben, die besagt, daß die im Verlauf des Krieges im Vorstand, in den Gauleiterkonferenzen und an anderen Stellen die vom Kollegen Kloth ausgeübte gewerkschaftliche Tätigkeit im Interesse der Gewerkschaften im allgemeinen und im Interesse unseres Verbandes im besonderen als die allein mögliche und richtige bezeichnet und mehrfach in diesem Sinne beschlossen haben. Sie fühlen sich deshalb mitverantwortlich und stehen solidarisch mit dem Kollegen Kloth für die gefaßten Beschlüsse ein.

Demgegenüber erklärte Gabel (Berlin) im Namen der Opposition: Erst jetzt kommt die geriebene Taktik zum Vorschein, warum man so zögerlich die Abstimmung erst nach dem dritten Tagesordnungspunkt verzögert. Man wolle Zeit gewinnen, um die Provinzkollegen zu bearbeiten und den wichtigen Eindruck der Kritik an die Stützen der Instanzpolitik zu verwischen. Mit dieser Sozialistenerklärung mit Kloth versucht man den Verbandstag zu beeinflussen, um ein günstigeres Resultat herauszuholen. Er protestiere gegen diese Angelegenheit.

Leider hatte die Nacht einige Provinzkollegen erschreckt und sie umfassen lassen, so daß bei namentlicher Abstimmung mit 54 gegen 50 Stimmen die Resolution der Opposition abgelehnt wurde.

Angenommen wurde dagegen mit 54 gegen 48 Stimmen bei 2 Stimmenthaltung eine Resolution, die besagt, daß der 13. Verbandstag mit der Forderung der „Buchbinderzeitung“ in manchen Fällen während der Redaktionszeitigkeit des Kollegen Kloth sowie auch dessen journalistische Tätigkeit in bürgerlichen Blättern nicht einverstanden und sie nicht billigen kann.

Der Verbandstag verlor, daß gemäß des einstimmig gefaßten Beschlusses des Münchener Gewerkschaftskongresses Verbandsvorstand und Redaktion den beiden sozialdemokratischen Parteien gegenüber völlige Neutralität bewahrt und auch sonst alles tut, was im Sinne des obigen Beschlusses liegt. Der Verbandstag spricht deshalb die Ueberzeugung aus, daß unter Zurückstellung der uns jetzt trennenden Frage die Einheitsfront hergestellt werden muß, um die zweifellos schwereren wirtschaftlichen Kämpfe der Zukunft siegreich bestehen zu können.

Nach Anhören der Referate über „Vertrags- und Unterhaltungszug“ geht man zur Debatte über und werden die Vorschläge nochmals einer Eifer-Kommission überwiesen.

Gewerkschaftliches.

Deutscher Eisenbahner-Verband, Bezirk Berlin.

Alle gemahregelten Eisenbahner (auch Lehrlinge) werden ersucht, sich unverzüglich bei der Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, Berlin SO. 16, Engländer 18, 1. Etage, zwecks näherer Angaben zu melden, da eine baldige Einstellung erfolgen soll. Die Angaben müssen bis zum 6. August, nachmittags 4 Uhr, eingelaufen sein.

Deutscher Eisenbahner-Verband, Bezirksleitung.

Annahme des Schiedspruchs der Gasarbeiter.

Die Arbeiter der Städtischen Gaswerke nahmen in zwei überfüllten Versammlungen im großen Saal und im Hof der Germania-Säle Stellung zu dem Schiedspruch des Zentralausschusses. Vor Eintritt in die öffentliche Tagesordnung hielt Genosse Berger ein ausgezeichnetes Referat über die Schiedsrichtergeschäfte. Seine Ausführungen mit dem Beifall der Versammlung gestattete sich zu einer mächvollen Demonstration für die politischen Rechte der Arbeiterklasse für den Sozialismus, für das Rädelystem. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Dann berichtete Kollarke vom Verband über die Verhandlungen in der Tarifkommission der städtischen Gaswerke. Das Hauptergebnis derselben ist die Gewährung einer Uebergangshilfe bis Ende September, da dann ein neuer Tarif festgelegt wird. Die Uebergangshilfe beträgt für gelernte Arbeiter wöchentlich 14 M., für ungelernete und weibliche Arbeiter 10 M. wöchentlich. Kollarke empfahl die Annahme des Schiedspruchs wegen der kurzen Zeitdauer seiner Geltung. Man dürfe die Kräfte nicht zerschüttern, sondern müsse alles zusammenfassen für den Kampf um den Tarif.

Die Diskussion verlief äußerst hitzig. Die Tarifkommission wurde heftig angegriffen. Ein großer Teil der Redner sprach aber ebenfalls für Annahme des Schiedspruchs, um zum Kampf für den Tarif gerüht zu sein. Aus der Versammlung ließen sich zwei Anträge ein, deren einer war die Richtscheidung der Forderungen der Gasarbeiter festzustellen, aber trotzdem von allen weiteren Schritten im Hinblick auf spätere Kämpfe abriet. Der andere Antrag wollte festhalten an den gestellten Forderungen und Einsetzung einer aus der Versammlung gewählten Reuere-Kommission, die bis Donnerstag, den 7. August, ein neues Resultat bringen sollte. Beide Anträge wurden heftig umstritten, schließlich gelangte keiner zur Abstimmung. Es wurde dann einfach für Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs abgestimmt. Hierbei wurde der Schiedspruch mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Streik im chemischen Großhandel.

Eine am Montag abend in den Sophienböden tagende Versammlung aller Hand- und Kofferarbeiter im Drogen- und chemischen Großhandel beschloß nach seit Mai laufenden, resultatlos verlaufenden Tarifverhandlungen heute, Dienstag vormittag, in den Streik zu treten. Es haben somit wieder einmal die Unternehmer es fertig gebracht, in lebenswichtigen Betrieben für die Krankendienstleistung usw. die Gesamtarbeiter in den Streik zu treiben.

Die Streikenden treffen sich heute vormittag 9 Uhr vollständig im Zentralstreiklokal Sophienböden. Alle Streikposten stehende Kollegen werden pünktlich auf ihren Posten sein.

Die Entlohnung der Berliner Musiker.

Am Sonnabend fanden vor dem Reichsarbeitsministerium Verhandlungen zwischen dem Verein Berliner Kaffeehausbesitzer und dem Deutschen Musikerverband statt, die aber keine Einigung brachten. Das Schiedsgericht fällt infolgedessen einen Schiedspruch, in dem es u. a. heißt:

„Die regelmäßige Arbeitszeit darf an Werktagen 6 Stunden nicht übersteigen. An Sonn- und Feiertagen darf die Arbeitszeit acht Stunden nicht übersteigen. Als Entlohnung ist den Musikern zu zahlen: bei täglich vierstündiger Arbeitszeit: monatlich 640 Mark; bei täglich fünfstündiger Arbeitszeit: monatlich 630 Mark; bei täglich sechsstündiger Arbeitszeit: monatlich 720 Mark. Lastenspieler erhalten monatlich 80 Mark mehr. Jeder Musiker hat alle zwei Wochen das Recht auf einen freien Wochentag, unter Fortzahlung der Entlohnung. Arbeitgeber der Musiker und des musikalischen Leiters ist der Inhaber des Betriebes. Dieser ist berechtigt, den musikalischen Leiter als Bevollmächtigten für die Annahme der Musiker und die Leitung des musikalischen Betriebes zu bestellen. Den Parteien wird nahegelegt, in dem ablaufenden Tarifvertrage auf die Einrichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises Bedacht zu nehmen. Bis dahin sind die Mitglieder des Vereins der Kaffeehausbesitzer verpflichtet, die Musiker durch den Arbeitsnachweis des deutschen Musikerverbandes anzunehmen.“

Zu diesem Schiedspruch haben die Kaffeehausbesitzer Montag vormittag bereits Stellung genommen. Sowohl der Vertriebsleiter, Herr Kaffeehausbesitzer Bese, wie auch die nachfolgenden Distriktsleiter befürworteten die Ablehnung des Schiedspruchs, da die darin zugestanden Forderungen der Musiker den Ruin der mittleren und kleinen Betriebe heraufbeschwören würden. Nach einer angelegentlichen Debatte wurde der Schiedspruch dann einstimmig abgelehnt.

Zu dem Streik der Angestellten der Provisions-Generalagenturen.

Alle Kassenboten der Generalagenturen, in denen die Angestellten im Streik stehen, haben sich am Dienstag vormittag im Gewerkschaftshaus, Zimmer 33, mit ihrem Mitgliedsbuch zu melden zur Entgegennahme weiterer Informationen.

Die Berliner Glasarbeiter hielten am 31. Juli eine Versammlung ab, wo der Vorsitzende Deutel einen Bericht über den verflochtenen Streik gab, der um der vertögerten Ferien halber geführt worden war und nach 14 Tagen Dauer abgebrochen wurde. Statt der geforderten 6 Tage Ferien wurden von den Unternehmern nur 2 bis 6 Tage zugesprochen. Da der Streik ohne Unterbrechung des Verhandlungsstandes geführt wurde, hatten die in Arbeit verbleibenden Kollegen für die Streikenden gesammelt und es waren 887 M. zusammengekommen. Die Streikenden vergüteten aber auf die Verteilung dieser Summe, und es wurde nun beschlossen, 500 M. den Revolutionärsgruppen und den Rest den kranken Kollegen oder deren Familien zu überweisen. Des Weiteren beschäftigte sich die Versammlung noch eingehend mit der Person des Verhandlungsleiters Hiebig, dessen Verhalten in der Nationalversammlung allseitige Verurteilung fand.

Sieg der Opposition im Metallarbeiterverband. Die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes in Kiel stellte als Kandidaten für die Generalversammlung des Verbandes 12 von den in der U. S. B. organisierten Vertrauensleuten präferierte Genossen auf. Die 6 Delegierten, die Kiel zu entsenden hat, werden also sämtlich der Opposition angeschlossen. Alle rechtssozialistischen Kandidaten fielen durch.

Groß-Berlin.

Verlagsgenossenschaft Freiheit.

Heute, Dienstag, abends 7 Uhr, wichtige Aufsichtsrats-sitzung, Schiffbauerdamm 19.

Otto Döring.

Der Entwurf „Groß-Berlin“.

Der Entwurf über Schaffung einer Groß-Berliner Einheits-gemeinde wird im Ministerium des Innern einer Umarbeitung unterzogen werden, nachdem die Kritiken aller Berliner Gemeinden eingegangen sind. Der Entwurf wird in seiner endgültigen Gestalt etwa Mitte September der Landesversammlung zugehen.

Da die Mehrzahl der Groß-Berliner Gemeinden sich für die Schaffung einer Groß-Berliner Einheitsgemeinde ausgesprochen hat, ist zu erwarten, daß der neue Entwurf die dabei vorgebrachten Wünsche berücksichtigt.

Für 400 000 Mark Sped beschlagnahmt.

Eine riesige Sendung von Sped ist durch die Nichtenberger Kriminalpolizei beschlagnahmt worden. Auf dem Nummern-burger Güterbahnhof beobachtete ein Kriminalbeamter, daß mehrere Personen sich an einem Wagon zu schaffen machten, und aus dem Innern Spedstücke herausholten. Der Beamte nahm an, daß es sich um Transportwagen der Nichtenberger Lebensmittel-Verteilungstelle handle und beantragte die militärische Wache des Bahnhofes, Posten vor die beiden Eisenbahnwaggons zu stellen. Eine dementsprechende Meldung beim Magistrat Nichtenberg ergab, daß dort von einer solchen Spedsendung nichts bekannt sei. Darauf stellte die Kriminalpolizei bei der Direktion des Nichtenberger Güterbahnhofes Nachforschungen an und verlangte die Frachtbriefe für die beiden Waggons, welche zusammen 400 Zentner Sped im Werte von mindestens 400 000 Mark enthielten. Trotz aller Nachforschungen konnten jedoch Papiere, welche über die Herkunft, Inhalt und Bestimmungs-ort der Wagon Aufschluß zu geben vermochten, nicht gefunden werden. Dagegen stellte die Polizei fest, daß die beiden Waggons mit Sped am Tag zuvor mit einem aus Siegen in Westfalen eingetroffenen Zuge angekommen seien und in Nichtenberg abgehängt worden waren. Die Waggons wurden zur Rampe geschoben und dort sollten die 400 Zentner Sped, die sich in ihnen befanden, ausgeladen werden. Perwärtigerweise will niemand von der Ankunft der Waggons etwas gewußt haben. Auch der Befehl die beiden Wagon abzugeben und an die Güterrampe zu schieben, ist von der Leitung des Güterbahnhofes nicht erteilt worden. Die Polizei nimmt an, daß es sich hier um eine groß angelegte Schiebung handelt, bei der auch Bahnbeamte beteiligt gewesen sein müssen, wie das Verschwinden der Frachtbriefe und zeitweilig deutlich beweis. Der Sped ist amerikanische Ware, der offenbar aus dem besetzten Gebiet eingeführt wurde, um hier unter der Hand weiter verschoben zu werden. Voraussig wurden die 400 Zentner beschlagnahmt und der Landesfiskalstelle überwiesen.

Der „belästigte“ Bürokrat.

Das die Erledigung von Aufträgen der Kriegsteilnehmer durch sehr langsam vor sich geht, haben wir schon des öfteren geteilt. Jetzt wird uns nun ein Fall geschildert, der noch eine besondere Art der Nichtachtung der Empfangsberechtigten darstellt. Ein Leser schreibt uns:

„Wegen Nachzahlung militärischer Gebühren hatte ich mich im Mai d. J. an meinen früheren Truppteil, das Grenzbataillon des Eisenbahntregiments 1 sowie an andere Behörden gewandt, wurde aber überall wegen Unzuständigkeit abgewiesen. Da es sich um einen größeren Betrag, ca. 800 Mark, handelt, richtete ich schließlich ein schriftliches Gesuch an das Kriegsministerium und wurde daraufhin am 7. Juli zur Vernehmung zum Eisenbahntregiment bestellt. Das war nun leichter gesagt als getan, denn einmal waren dort die Bureau geschlossen wegen Neuantritts, ein zweites Mal hatten die Herren gerade einen Ausflug gemacht, ein anderes Mal waren zwar die Bureau geöffnet, aber der betreffende Beamte war gerade weggelassen oder das betreffende Schreiben war gerade erledigt oder die Sache noch nicht hergestellt, kurzum, ich war achtmal vergebens dort erschienen, hatte mehrmals eine volle Stunde unnütz gewartet, um am nächsten Tage wieder bestellt zu werden. Da wurde mir die Sache schließlich doch zu bunt und ich ging, so verboten auch der Eintritt war, direkt in das Allerheiligste, ins Amtszimmer des Herrn Hauptmann Engelbrecht. Herr Hauptmann geriet mir zwar gnädigst, mich anzuhören, mußte aber zunächst monieren, und zwar in einer Weise, die nicht an den Kaiserhof erinnert, wie ich mich mit folgendem Querschnitt an das Kriegsministerium wenden konnte, ob ich meine, daß man dort nicht Wichtigeres zu tun hätte“. Dann fuhr er über in seiner Philippika, die ihm die einfachste Erledigung der Angelegenheit zu sein schien, wie folgt fort: „Sie sollten überhaupt lieber arbeiten und ihr Geld anständig verdienen, als wegen der paar Pfennige dauernd rumzuliegen und unsere Herren zu belästigen.“

Dazu bemerkt der Einsender: „Nichts ist mir überaus unangenehm, wenn diese Angelegenheit annimmt, werde ich wohl, wie ich befürchte, noch oft die vielbeschäftigten Herren belästigen müssen, denn ich sehe keine Veranlassung, weshalb ich wegen einer mancherlei Missverständnisse oder wegen der Unfähigkeit des dortigen Personals auf mein Geld verzichten soll, selbst wenn es sich nur um die „Pfennige“ von 800 Mark handelt.“

Wir meinen auch, daß das Benehmen des Herrn Hauptmann Engelbrecht ganz ungebührlich war. Schließlich sind doch die Behörden des Publikums wegen da, und wenn es dem Hauptmann nicht paßt, „belästigt“ zu werden, dann muß er daraus die Konsequenzen ziehen. Wie es scheint, paßt er ja doch nicht für den Posten, den er bekleidet. Vielleicht befehlt sich das Kriegsministerium den Herrn einmal etwas näher.

Erhöhung des Wasserpreises. Am 1. April 1918 ist der Preis für das aus den hiesigen Wasserverwerken gelieferte Wasser von 15 Pf. auf 17 1/2 Pf. für das Kubikmeter erhöht worden. Seitdem haben sich die Vertriebskosten derart gesteigert, daß die Erhebungen für die nächsten Monate auf rund 25 Pf. für das Kubikmeter ansteigen werden. Diese Erhöhung beruht auf Steigerung der Ausgaben für die Kohle, für die Kohlen, für Elektrizität, die ebenfalls um das 8 bis 10fache gestiegen sind und für die gesteigerten Verwaltungskosten. Um zu vermeiden, daß die hiesigen Wasserverwerke mit einem Höchstbetrag abschließen, haben die hiesigen Wasserversorger den Wasserpreis von 17 1/2 auf 25 Pf. für das Kubikmeter erhöht. Die Erhöhung ist mit Beginn des neuen Rechnungsjahres in Kraft getreten und zwar aus verwaltungsmäßigen Gründen nicht vom 1. April d. J., sondern vom Tage der letzten Stadtaufnahme im Monat März ab. Von einer weiteren Erhöhung des Wasserpreises ist nicht die Rede, eine solche bei der immer noch anhaltenden Aufwärtsbewegung der Kohle- und Kohlenpreise zu vermeiden sein wird, erscheint allerdings jetzt schon sehr fraglich.

Wegen der Beschäftigung von Damen in den Bureau der Magistrats (Lebensmittelämtern, Kartenausgaben), bei den noch bestehenden Kriegsdienstleistungen usw. richtet sich eine Denkschrift des Schwerverbundes Stellungloser Kaufleute und Bureauangestellten in Berlin. Es wird betont, daß die Damen, um die es sich in der Hauptsache handelt, durchaus nicht dringend erwerbsbedürftig sind, sondern oftmals „überaus wohlhabende“ Eltern besitzen, häufig sogar Ehefrauen von Beamten usw. sind. Die Zahl der erwerbslosen Kaufleute ist in letzter Zeit ständig

gewachsen durch die Auflösung von Kriegsdienstleistungen und Entlassung von Kriegsteilnehmern nach der geschickten dreimonatigen Beschäftigung an ihren früheren Arbeitsstellen. Neben besserer Entlohnung der männlichen Kaufleute wird eine strenge Kontrolle überall da gefordert, wo weibliche Arbeitskräfte beschäftigt werden, ob bei diesen auch Bedürftigkeit vorliegt. Auf diesem Wege soll die Unterbringung von Stellunglosen Kaufleuten gefördert werden. Auch unsere Redaktion erhält dauernd Zuschriften über die Beschäftigung von nicht auf Erwerb angewiesenen Damen in allen möglichen Bureau; aus sozialen Gründen sollten deren Arbeitsplätze doch überall mit solchen Personen besetzt werden, die auf Erwerb unbedingt angewiesen sind.

Spek für Wurst. In der Woche vom 4. bis 10. August 1918 wird in Berlin auf Reichfleischkarte an Stelle von Fleischwurst amerikanische Speckwurst angeboten. Die Wochenportion beträgt 250 Gramm. Das Gewicht der eingewaschenen Knochen und der Knochenbeilage darf 50 Gramm nicht übersteigen. Soweit Knochenfreie Ware zur Verfügung steht, werden nur 200 Gramm als Wochenportion ausgegeben. Der Preis beträgt 4,50 M. für 1 Pfund, für 1/2 Pfund 2,00 M. und für 200 Gramm 1,00 M.

Die nächsten Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters finden am Mittwoch, den 6. und Freitag, den 8. August in der Philharmonie, Bernburger Straße 22/23, statt. Konzertbeginn 8 Uhr. Der Vorverkauf zu den Volkskonzerten findet statt in der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Augustburger Straße 61, in der Berliner Gewerkschaftskommission Engelauer 15, Zimmer 18, und in den betreffenden Konzertsälen. Die im Vorverkauf nicht untergebrachten Karten werden abends an der Kasse verkauft. Der Eintrittspreis beträgt 80 Pf. Kassenöffnung 7 Uhr.

Bildungsausschuss Niederbarnhagen. Die letzte Mädchenvorlesung während der Ferien findet am Donnerstag, den 7. August, nachm. 3 1/2 Uhr, im Garten Lindenstraße 15, statt. Die Kartenbesitzer werden ersucht, in Anbetracht des hohen erzieherischen Wertes dieser Veranstaltung für einen zahlreichen Besuch Sorge zu tragen. Eintrittskarten sind wie bisher bei den Funktionären und bei Büchergäubern, Lindenstraße 85 a, Charlottenstraße 55 bei Schulz, Kaiser-Wilhelm-Straße 79 Konsumgenossenschaft, Hildbrandstraße 8 bei Medike, Hildbrandstraße 41 bei Schifano zu haben.

Jugendweibe in Neukölln. Wir bitten alle Eltern, welche ihre Kinder an der Jugendweibe teilnehmen lassen wollen, die Anmeldungen bis zum 10. August im Bureau, Redarstraße 8, zu vollziehen. Anfang September Beginn der Vorbereitungslehre.

Im Institut für Sexualwissenschaft (An den Felten 10) finden vom August ab jeden Donnerstag abend von 7 bis 8 Uhr ungeladene Demonstrationen einschlägiger Fälle für Mediziner statt.

Lebensmittelfalter.

Berlin. In der Woche vom 4. August bis 10. August darf Brot nur auf die Brotharte mit dem Stichwort „Boothe“ abgegeben und entnommen werden. Die Stadt verteilt an diejenigen Kinder, die zwischen dem 1. August 1907 und dem 31. Juli 1911 geboren sind, einmalig 5 Päckchen Pudringpulver zu je 25 Pf. auf besondere Bezugsscheine. Die Bezugsscheine sind von den Berechtigten in der Zeit vom 4. bis 6. August 1918 in den Brotkommissionen abzuholen und vom 4. bis 10. August 1918 in den durch rote Verkaufsschilder gekennzeichneten Kleinhandelsstellen zur Abtrennung der Anmeldebüchlein vorzuliegen. Die Geschäfte werden am 4. August 1918 durch Besonderebescheid veröffentlicht. Das Pudringpulver wird vom 10. bis 23. August 1918 in diesen Geschäften gegen Abgabe der Bezugsscheine verteilt.

Genügsdorf. Die Fleisch- und Lebensmittelkarten gelangen zur Ausgabe am Dienstag, Rathenow, Ratz, Rollendorf, Haupt- und Gelbstr. am Mittwoch; Bettiner, Geller, Burg- und Fabrikstraße und Wabau. Am Dienstag auf Wabau 7 B 1 Pfund neue Kartoffeln bei den Händlern Kneale, Krenz und Kombrum zum Verkauf. **Friedrichshagen.** Dienstag: 500 Gramm Gruppen auf Abschnitt 50 der Groß-Bettiner Lebensmittelkarte, 150 Gramm Kartoffelpulver als Kartoffelersatz auf Abschnitt 51; Donnerstag: 500 Gramm Hefen auf Abschnitt 57, 200 Gramm Hefenpulver auf Abschnitt 58 (Hefenpulver ist nur in den Gemeindebäckereien zu haben); Sonntag: gemischtes Packbrot und Rührliefer gegen Vorlegung der Haushaltungskarte.

Weißensee. Woche vom 4. bis 10. August. 500 Gramm Rübels, 1150 Gramm Marmelade, 100 Gramm Hefenpulver und 125 Gramm Oriz (Jugendschokolade), 20 Gramm Hülsenfrüchte (200 Gramm ausländische), 125 Gramm Tafelkäse, 375 Gramm Speck für Schwangere, 2 Pf. Kartoffeln.

Witten. Auf Abschnitt 19 1 Pfund Gruppen, 10 Heringe ohne Korte. Ausgabe der Brot-, Butter-, Fleisch- und Weizenkarten im Amtsbureau, Dreifelderstr. 13, für die Straßen mit den Anfangsbuch-

staben von B-W am Mittwoch, den 6. d. M.; B-W am Donnerstag den 7. d. M.; B-W am Freitag, den 8. d. M.; B-W am Samstag den 9. dieses Monats.

Aus den Organisationen.

Schiffer Kreis, 18. Abt. Ausflug der Frauen nach Rindow am Donnerstag nach dem Lokal „Zum Lindenbaum“ am Spandauer Schiffsahrkanal. Treffpunkt 1 Uhr bei Vorleben, Burgstraße 12. Von dort zum Rindow. Rückzugler treffen sich im Lokal „Lindenbaum“, Neukölln. Stadtkonferenz: Dienstag abend 7 1/2 Uhr Sitzung Rathaus, Sitzungszimmer 2.

Steglich. Sitzung des V. Kaufmanns Dienstag 7 1/2 Uhr Lokal Joche, Althoffstraße, Ecke Adenstraße. Mitglieder des Ortsvereins und eingeladene Gäste willkommen.

Steglich. Donnerstag abend 7 1/2 Uhr bei Rauff (früher Rauffhollan). Am Markt 2. Diskussionsabend der Kaufmanns 1 u. 2. Referat des Genossen Jelsmann über Heilpflege.

Wilmersdorf. In dem am Sonntag stattfindenden Sommerfest im Café Bellevue sind die Eintrittskarten bei den Gruppenführern zu entnehmen. Da nur eine beschränkte Anzahl ausgeben wird, um eine Überfüllung zu vermeiden, wird sofortige Entnahme empfohlen.

Strelitz. Mittwoch abend 7 Uhr bei Steinicke, Alt-Strelitz 4. Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Dr. Fritz Kuschel über Schulreform und Elternschaft.

Treptow-Kornfelde. Dienstag abend 7 Uhr Mitgliederversammlung im Viktoriengarten, Am Treptower Park 24.

Waldow, Neuenhagen, Eggenhof, Bruchmühle, Alt-Landow, Steudoberg, Herzfelde, Hennicken, Tschorn, Gornitz, 10. August, nachmittags 3 Uhr, findet in Treptowdorf bei Jülich, ein Vorkonferenzabend statt. Jeder Ort wird vertreten sein. Treffpunkt, Mittwoch abend 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal im Strandbad. Dienstag abend 8 Uhr Flugblattverteilung von den bekannten Lokalen aus.

Reinickendorf-Waldow. Dienstag abend 7 Uhr Flugblattverteilung von den bekannten Lokalen. Mittwoch 8 Uhr öffentliche Versammlung in Hartmanns Brauerei. Tagesordnung: Das neue Deutschland. Referent: Genosse Richard Müller.

Jülich Jugend, Petersburger Viertel. Deuts 7 1/2 Uhr Versammlung Zeichenamt, Neukölln, Rigauer Straße 8.

Bereinskalender.

Gesetzliche-Vereine Spandau. Mittwoch 2 Uhr Betriebsversammlung Löwenbräuerei, Hochstraße, Ecke Poststraße.

Wm. Götz, Spandau. Vertrauensleute, Arbeiterräte, Mittwoch vormittags 10 Uhr bei Wackendorf, Rosenstraße 8.

Wm. Götz, Spandau, Gewerkschaft Dr. II Waldenauerarbeiten trifft sich betreffs Nachzahlung Mittwoch, den 6. August, abends 8 Uhr, bei Wackendorf, Rosenstraße 8. (Sonderl.)

Wm. Götz, Spandau, Gewerkschaft Dr. Schilderhaus trifft sich betreffs Nachzahlung heute, Dienstag, abends 8 Uhr, bei Wackendorf, Rosenstraße 8. (Sonderl.)

Angestellte der Feuer-Versicherung und der Elektro-Industrie. Die Obkassen der Arbeitervereine, der Angestellten-Vereine, der Arbeiterräte und Funktionäre aller Gewerkschaften versammeln sich am Mittwoch, den 6. d. M., abends 6 Uhr, im Köllnischen Gymnasium, Inselstraße.

Arbeitervereine für alle gewerblichen Berufe (einschl. Bauhand) Schöneberg. Zwecks Stellungnahme findet am Dienstag, 5. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Restaurant, Stubenrauchstraße 1 (Schöneberg), eine Erntedankfest, eine Sitzung von Betriebsvereinen, die auf dem Boden des Köllnischen stehen, zu wichtigen Besprechungen statt. Jeder Betrieb mit Arbeitnehmern muß an dem Fest teilnehmen. Mehrere Kollegen der U. G. M. u. S. G. M. Zentralverband der Arbeiter, Deuts abend 7 1/2 Uhr Mitglieder-

versammlung bei Bocher, Redarstr. 17. — Sektion Engros-Schüler, Deuts abend 7 Uhr Mitgliederversammlung, Borsenplatz, Eberstraße.

Generalsekretär der Lederarbeiter u. Arbeiterinnen, Berlin II. Donnerstag, den 7. abends 7 Uhr, Versammlung, Pringel-Allee 15.

Sozialistischer Bund „Gruppe Arbeit“. Dienstag 8 Uhr bei Dreißig, Genslerstraße 24, Vortrag Dr. Gellhorn über Oscar Wilde.

Arbeiter-Vereinigung „Naturfreunde“. Orisgr. Charlottenberg, Mittwoch, den 6. August, abends 7 1/2 Uhr bei Thunack, Hildbrandstraße 17.

Vortrag und gefälliges Ballmessen. Gäste willkommen. Intern. Bund der Kriegsberechtigten u. Kriegshinterbliebenen, Bezirk Nordost, Mittwoch den 6. August, abends 7 Uhr, bei Thunack, Hildbrandstraße 17. — Bezirk 5. Dienstag abend 7 Uhr Versammlung, Hildbrandstraße 17.

Intern. Bund der Kriegsberechtigten, Ortsgruppe Charlottenberg. Bezirk 4, Dienstag abend 7 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal, Genslerstraße 18. — Bezirk 5. Dienstag abend 7 Uhr Versammlung bei Bogel, Kappelerstr. 43.

Intern. Bund der Kriegsberechtigten, Ortsgruppe Reinickendorf-Waldow. Mitgliederversammlung Mittwoch abend 7 1/2 Uhr im Restaurant, Marka, Schornweberstraße, Ecke Antonienstraße.

Veranlassung für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, S. G. M. d. B. Berlin. — Druck der Lindenbräuerei und Verlagsgesellschaft m. B. D. Schiffbauerdamm 18.

Brauchen Sie Ihre Augen noch

zur Ausübung Ihres Berufes,

denn kann schon die Ausgleitung kleiner Fehler durch passende Augenläser Ihnen in einer Woche mehr einbringen, als Sie dafür in drei Jahren auszugeben brauchen. — Passende Glasoptik-Optiker helfen Ihnen Ihr Augenlicht zu erhalten bis ins hohe Alter. Wir garantieren für passende Gläser: Dabei ist die Augen-Untersuchung kostenlos. Weber Metzger noch Kosten sollen Ihnen das Tragen unserer Gläser verdeutlichen, deshalb garantieren wir Ihnen Zufriedenheit und fertigen Ihnen in der Garantiezeit alle Reparaturen umsonst. Für keinen Schaden, außer Bruch der Gläser,

der Horn-, Schildpatt- und Jesuitol-Tafel haben Sie zu zahlen. Wird das Augenglas nicht wieder tauglich, so erhalten Sie ein gleichwertiges neues als Ersatz, selbst wenn Sie Schutz haben. Die Garantie währt 8 Jahre bei Fassungen über M. 12.—, mindestens aber zwei Jahre bei Fassungen für M. 8.50 — Hierzu kommt noch der Preis der Gläser — Punktuell abblende Gläser kosten M. 12.— das Paar, aus Glasoptik-Glas M. 15.—. Sind Sie mit Ihren Augen oder Gläsern nicht mehr völlig zufrieden, dann warten Sie nicht so lange, bis schlimme Folgen eintreten, sondern besuchen Sie uns recht bald.

Optiker Ruhnke

— 20 Geschäfte —

- | | | |
|--|--|---|
| Sind's die Augen, W. Uehlinger Str. 113, Geh' zu Ruhnke! | Chaussee-Str. 72, Invaliden-Str. 164, Gds Brauerei-Str. | Schöneberg: Haupt-Str. 21, a. Kaiser-Wilhelm-Platz. |
| C. Spillienmarkt, Gds Wall-Str., Am Alexander-Platz neben Hildinger | Friedrich-Str. 193a, Gds Hildinger Gds. | Friedenau: Rhein-Str. 18, Gds Hildinger Gds gegenüber der Kaiser-Wilhelm-Platz |
| S. Kollhofer Damm 10, nahe Marienauer Damm | Friedrich-Str. 108, Gds Siegel-Str. | Wilmersdorf: Berliner Str. 132-33, a. h. Hildinger-Str. |
| SO. Oranien-Str. 44, nahe Oranien-Platz | SW. Delle Alliance-Str. 4, Am Hildinger Lan. 11 | Charlottenburg: Tauentzien-Str. 15, Gds Harburger Str. |
| | NW. Friedrich-Str. 150, Gds Dorotheen-Str. | Neukölln: Bergstraße 4, gegenüber Rigardstr. |
| | | Spandau: Decle Straße 18 |



Verlangen Sie nach außerhalb
kostenlos unsern Dymometer
zum Selbstbestimmen passender
Gläser nach Veranlassung.

Kleine Anzeigen

Verkaufe

Mandoline, Laute, Gitarre
Wandermandoline 45.—, erstkl. 85.—, Konzertlaute 125.—, 145.—, (Unterriechl. 8.—, Konzertlaute, evtl. 10-stimmige Schnellkassett, Konzertlaute mit Zubehör 145.—, Konzertgitarre 85.—, Faust, Oranienstr. 104/11.

Entwässerung-Anzuger
U. Uster, Gr. 46, billig z. verk. Neue Winterfelderstraße 6, L.

Zinkwaschbänne
Zobler Fabrik, Lantenerstraße 41, Lantener 10 a.

Piano

Ungarische schwarze 1890.—, M. Nulbaumpiano 200.—, M. Konzertpiano 300.—, M. Verkauf Ernst, Oranienstraße 104/11.

Umhausofen, Chaiselongue, englische Heizstellen, Patentmatratzen, Aufhängematratzen, Tapezierer Walter, Ringelder Straße 18.

Stube und Küchen-Einrichtung mit Wohnung, sofort zu verkaufen, Meißel, Laubacher Straße 20, 8c. IV Top. Mielke.

Handwagen
Handleitwagen, Kastenwagen, Motorwagen in allen Größen verkauft. **Grödenauer Radko & Co.**

Letztwaren, Kastenwagen, lose Räder, billigst

Wagner Köpenicker Straße 71 kein Laden!

Motorrad, 2 PS, Adler, 70 Km., Lancia, Friedenstempel, 1890 AL, feinstes, verk. Max Grube, Dorotheenstraße 6a.

Genossen-Alterbruch
Quackelber, Platin, Zingebisse, Mäzen, photographische Rückstände sowie alle anderen Metalle kaufen zu Höchstpreisen. Silbergeschmelze (Hessisch), Köpenicker Str. 127

Kaufe gut erhaltene Gitarre, Schlicht mit Preisangabe, Schwanau, Miskastraße 65.

Leitungsdrahte

Litzen, Kabel, Spindelstränge, Isolationsmaterialien, Motoren, von 1/2 bis 2000 Watt, Kopiergeräte in großen und kleinen Mengen, kauft Otto Wiedack, Berlin S 14, Prinzenstr. 64, Moritzplatz 306A.

Elektromotoren, auch defekte, kauft Anton Wiedack, Köpenick & Mössenthin, Soldiner Straße 24.

Freiheit-Leser

Pankow. Unsere Spedition befindet sich beim Genossen **Paul Spiekermann, Brehmestrasse 49, Laden** Sämtliche Bestellungen usw. bitten wir dorthin zu richten. **Die Zeitungskommission Pankow.**

Spezialarzt

Dr. med. Haedicke
Haut- und Harnleiden, Nierenkrankheiten, Friedrichstr. 187/8 (a. d. Mohrenstraße) 11-1, 3-7, Sonntags 11-1.

Arbeitsmarkt
Händler, Hausierer, verlangt HILFE, und Hausierer, Lantenerstraße 3, am Bahnhof, Kummelsburg.

Straßenhändler
für Schläger, verlangt Kartenvertrieb, Karlsruherstraße 106.

Botenfrauen

In den nachstehenden Speditionen werden sofort eingestellt

Berlin
Gieschner, Ostfischer Straße 99, Dönhofsplatz 21, Lode, Markstraße 21, Carow, Hülstenerstr. 35, „Freiheit“, Schiffbauerdamm, Tornjeifer, Lantener Straße 11.

Wilmersdorf-Halensee
Neffler, Hindenburgstraße 34

Tempelhof
Dartsch, Werderstraße 31.

Potsdam
Doganer, Kaiser-Wilhelm-Straße 15.